



Rundbrief Nr. 31 im Februar 1996

Liebe Freundinnen und Freunde von SOLWODI,

Es ist ca. 4 Jahre her, als die Beraterin einer Hilfsorganisation uns anrief und auf die verzweifelte Lage einer Chinesin aufmerksam machte. Die Chinesin war mit einem Forschungsauftrag nach Deutschland gekommen. Hier stellte sie fest, daß sie von ihrem chinesischen Ehemann schwanger war. Sie durfte als chinesische Staatsangehörige kein Kind mehr bekommen, weil der Ehemann in erster Ehe schon ein Kind hatte. Frau Chang (Name geändert) hatte deshalb bereits eine Abtreibung hinter sich und war nicht mehr bereit, einer zweiten Abtreibung zuzustimmen. Ihre Schwangerschaft wurde vom deutschen Arbeitgeber nach China gemeldet. Daraufhin wurde sie sofort nach China beordert. Da sie sich nicht dem Willen ihrer Gesetzgeber beugte, bekam sie in China ihr Diplom und ihre Ausbildung aberkannt. Ihr inzwischen geborenes Kind bekommt keinen chinesischen Paß, denn es ist ein illegales Kind, ohne Recht auf Schulbildung und Ausbildung. In Deutschland lebt die Frau inzwischen in ständiger Angst vor einer Abschiebung.

Vor diesem Erfahrungshintergrund sind wir von SOLWODI mit besonderem Interesse zur 4. UN Weltfrauenkonferenz nach Peking gereist. Wir möchten über die Ereignisse des Treffens der Nichtregierungsorganisationen (NRO) und der Weltkonferenz berichten.

Während des neuntägigen NRO-Forums mit ca. 30.000 Teilnehmerinnen bot SOLWODI zwei Workshops zum Thema Frauenhandel an. Vor den zahlreichen interessierten Zuhörerinnen aus allen Kontinenten stellten wir unsere Arbeit in den Bereichen „BMZ Rückkehrerinnen Projekt“ und „Zeuginnenbetreuung in Menschenhandelsverfahren“ vor. In angeregten Diskussionen konnten wir mit den Kolleginnen die unterschiedlichen politischen und sozialen Problemlösungsstrategien erörtern. Gleichzeitig nutzten wir die Möglichkeit, auch in anderen Workshops neue Kontakte zu Frauengruppen aus den Herkunftsländern unserer Klientinnen zu knüpfen.

So berichteten z.B. russische Psychologinnen über die Einrichtung und Vernetzung von Notrufen und Frauenhäusern in ihrem Land. Diese Aufbauarbeit sei um so notwendiger, als die Problematik Gewalt gegen Frauen in der russischen Öffentlichkeit weitgehend tabuisiert werde, während jährlich mehr als 14.000 Frauen von ihren Ehemännern umgebracht werden. Die Opfer von sexueller Gewalt würden als die eigentlich Schuldigen angesehen; sie würden gesellschaftlich und de facto auch juristisch diskriminiert. In diesem Zusammenhang sei auch die Zunahme des Frauenhandels und der Umgang mit betroffenen Frauen zu sehen. Die Kolleginnen bemängelten fehlende Präventions- und Rehabilitationsmöglichkeiten und zeigten sich sehr an einem weitergehenden Austausch mit uns interessiert.

Organisationen aus den Philippinen und den Niederlanden boten ebenfalls Veranstaltungen zum Thema Frauenhandel an, jedoch mit anderem Schwerpunkt. Insgesamt sind zwei unterschiedliche Sichtweisen auszumachen, die jeweils durch ein internationales Netzwerk repräsentiert werden, wodurch der Globalisierung des Frauenhandels Rechnung getragen wird. Der Arbeit beider Zusammenschlüsse liegt ein unterschiedliches Frauenbild und eine kontroverse Einstellung zur Prostitution zugrunde.

Die 1994 in Thailand gegründete „Globale Allianz gegen Frauenhandel“ (GAATW) versteht unter Frauenhandel nicht nur die Zwangsprostitution, sondern alle Formen erzwungener Arbeit im formellen und informellen Sektor. Gleichzeitig wird Prostitution als Erwerbsmöglichkeit von Frauen im Migrationsprozeß gesehen und die Anerkennung von Prostitution als Beruf gefordert.

Für die „Koalition gegen Frauenhandel“, die von der UNESCO unterstützt wird, bedeutet Prostitution in jedem Fall sexuelle Ausbeutung und ist somit eine Menschenrechtsverletzung und ein Verstoß gegen die Würde aller Frauen.

Letztendlich konnte die GAATW durch professionelles Lobbying ihre Position im Abschlußdokument der UN-Konferenz durchsetzen, wie schon zuvor im Bericht der UN-Sonderberichterstatterin zur Gewalt an Frauen.

Die auf Regierungsebene von allen Teilnehmerstaaten unterzeichnete Aktionsplattform stellte Gewalt als zentrales Hindernis dar, welches Frauen weltweit den Zugang zu ihren Rechten verwehrt. Wie schon in vorangegangenen UN-Konferenzen wurde Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung anerkannt und die absurd klingende Feststellung „Frauenrechte sind Menschenrechte“ festgeschrieben. Frauenhandel wird als massive Form der Gewalt gegen Frauen dargestellt und gilt somit ebenfalls als Menschenrechtsverletzung. Weltweit sind Regierungs- wie Nichtregierungsorganisationen national und international aufgerufen, bis Ende 1996 konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Frauenhandel auszuarbeiten und bis zum Jahr 2000 umzusetzen. Frauenministerin Nolte, als Leiterin der deutschen Regierungsdelegation, verpflichtete sich in ihrer Rede vor dem UN-Plenum, eine nationale Nachfolgekonferenz einzuberufen, 1996 zum „Jahr der Gleichheit, Teilhabe und Partnerschaft“ zu erklären und 10 Mio. DM für rechtliche und sozio-politische Beratung in den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen. In ihren offiziellen Reden, aber auch im persönlichen Gespräch stellte Ministerin Nolte Frauenhandel als ernstzunehmendes Problem heraus und sicherte ihr Engagement zu.

Wir hatten Gelegenheit, vor Ort über die besondere Situation der Ein-Kind-Politik zu reden. Uns wurde berichtet von grausamen Vorkommnissen, wenn eine Frau unerlaubt schwanger wurde. Von Folterung der Frauen, Sterilisierung, Zerstörung von Hab und Gut, Niederbrennen von Häusern, Gefängnis und hohen Geldstrafen war die Rede.

Zwangssituationen, Ausbeutung und Not von Frauen sind weltweite Probleme. Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, gibt es Gelegenheit, sich vor Ort dem Thema Gewalt an Frauen zu stellen und auf Menschenrechtsverletzungen an Frauen aufmerksam zu machen.

Das Land Rheinland-Pfalz sieht sich verpflichtet, konkrete Schritte zu unternehmen zur Bekämpfung des Frauenhandels in Deutschland. Aus diesem Grunde hat Ministerin Dr. Götte SOLWODI ab 01. 03. 1996 das Modellprojekt „Strukturelle Verbesserung in den Bereichen Strafverfolgung von Menschenhandel und Opferschutz“ übertragen. Die Projektleitung übernimmt Eva Schaab.

Das neue Jahr hat für uns schon wieder mit viel Beratung und Öffentlichkeitsarbeit begonnen. Wir freuen uns über Ihr Interesse an unserer Arbeit und sind uns gewiß, daß Sie direkt oder indirekt an der Verbesserung der Situation vieler Frauen beitragen. Wir danken Ihnen und grüßen Sie im Namen des SOLWODI-Teams.

Sr. Lea Ackermann

Eva Schaab